

## Grüne und SPD offen für Pakt mit CDU

Neue Vereinbarung soll für Stabilität sorgen

**Erfurt.** Vertreter von Grünen und SPD haben sich offen für die Idee gezeigt, mit der CDU eine neue Vereinbarung zu einer parlamentarischen Zusammenarbeit einzugehen.

„Von mir aus gerne, sofort einen neuen Stabilitätspakt“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hey am Mittwoch in Erfurt. Auf diese Weise sei es unter anderem möglich, bestimmte Themenfelder festzulegen, auf denen Thüringen in den verbleibenden etwa zwei Jahren bis zur nächsten Landtagswahl vorangebracht werden könne. Außerdem könne man so vielleicht sicherstellen, dass „dieses ständige Reingeprütsche“ der CDU in der Landespolitik aufhöre. Die Grüne-Fraktionsvorsitzende Astrid Rothe-Beinlich äußerte sich mit Blick auf einen neuen Stabilitätspakt ähnlich. „Ich wäre da durchaus offen“, sagte sie.

Rot-Rot-Grün hat im Thüringer Landtag keine eigene Mehrheit und braucht daher für die Verabschiedung von Gesetzen Stimmen aus der Opposition. Am Beginn der laufenden Legislaturperiode hatten Linke, SPD, Grüne und die CDU über einen sogenannten Stabilitätsmechanismus ihre Zusammenarbeit miteinander geregelt. Diese Vereinbarung ist aber inzwischen ausgelaufen. *dpa*

## Präsidenten der Gerichte treffen sich

**Erfurt.** Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Verfassungsgerichte wollen sich im Mai auf einer Tagung in Weimar treffen. Die Zusammenkunft diene dem fachlichen Austausch, teilte der Thüringer Verfassungsgerichtshof in Weimar am Mittwoch mit, der in diesem Jahr Ausrichter der Tagung ist. Sie läuft vom 5. bis 6. Mai.

Im Jahr 2020 fiel die Tagung wegen der Corona-Pandemie aus, im vergangenen Jahr wurde sie als Videokonferenz durchgeführt. Thüringen war nach Angaben des Landesverfassungsgerichtshofes vor 19 Jahren das letzte Mal Austragungsort der Tagung. *dpa*

## Einschränkungen in Ostthüringen

**Leipzig/Gößnitz.** Bahnreisende in Thüringen und Sachsen müssen sich wegen Bauarbeiten südlich von Leipzig vom 4. Mai an auf Zugausfälle und Ersatzverkehr mit Bussen einstellen. Grund sei der Ausbau für Geschwindigkeiten bis zu 160 Kilometern pro Stunde, so die Deutsche Bahn. Vom 4. Mai bis 9. Juni wird demnach kein Zug zwischen dem sächsischen Böhlen nach Gößnitz (Thüringen) fahren. Reisende müssen auf Busse umsteigen.

Zudem wird vom 28. Mai bis 9. Juni von Gößnitz nach Werdau (Kreis Zwickau) nur Schienenersatzverkehr angeboten. „Die Maßnahmen bedeuten eine unglaubliche Einschränkung für unsere Kunden und wir versuchen es so erträglich wie möglich zu machen“, sagte Frank Bretzger von der S-Bahn Mitteldeutschland. Aber der Ausbau sei nötig. *dpa*

## Kontakt

Sie haben Nachrichten für die Thüringen-Redaktion? Gerne per Mail: [thueringen@funkemedien.de](mailto:thueringen@funkemedien.de)



FOTO: PETER MICHAELIS

## Ausflug in die „Neue Landschaft“

**Ronneburg.** Genau 15 Jahre nach der Eröffnung der Bundesgartenschau in Gera und Ronneburg hat Michael Klos aus Gera am Mittwoch

mit seinen Söhnen Fabian und Florian einen Ausflug in die „Neue Landschaft“ Ronneburg gemacht. Die weitläufige Parklandschaft ist

aus einem renaturierten Bergbauggebiet der Wismut entstanden und bietet eine große Pflanzenvielfalt.

# Pläne für neue Landtagsgruppe

Fraktionslose Abgeordnete lassen sich beraten. Offizieller Prüfauftrag noch nicht gestellt

Von Fabian Klaus

**Erfurt.** Die Gründung einer weiteren parlamentarischen Gruppe im Thüringer Landtag wird offenbar ernsthaft verfolgt – die Möglichkeit wurde erst kürzlich geschaffen, nachdem die FDP ihren Fraktionsstatus verlor. Nach Informationen dieser Zeitung sind mindestens drei fraktionslose Abgeordnete bereit, miteinander zu arbeiten – allerdings: Ob das überhaupt möglich ist, darüber müssten die Abgeordneten des Landtages befinden.

Offiziell geben sich die vormalige FDP-Abgeordnete Ute Bergner und die beiden ehemaligen AfD-Fraktionsmitglieder Birger Gröning und Lars Schütze derzeit noch wortkarg. Schütze beispielsweise sagt auf Anfrage: „Da ist noch nichts spruchreif.“

Allerdings: Dass er und Gröning sowie Bergner nach der jüngsten Plenarsitzung lange sichtbar in der Landtagskantine verweilen und es um das Ausloten von Gemeinsamkeiten ging, das bestreitet er nicht. Bei Schütze kommt allerdings hin-



**Birger Gröning und Ute Bergner forcieren die Gruppengründung.**

zu, dass er offiziell bisher nicht aus der AfD ausgetreten ist. Er zahle, sagt der Landtagsabgeordnete, keinen Beitrag mehr – und gehe davon aus, dass alsbald der Parteiausschluss erfolgen werde.

Schütze war von der AfD-Fraktion rausgeschmissen worden. Um die Gründe machen aber sowohl die Fraktionsspitze als auch Schütze selbst bis heute ein Geheimnis. Es soll um finanzielle Ungereimtheiten gegangen sein, die schlussendlich dazu führten, dass die Fraktion sich von Schütze trennte.

Bei Gröning steht die Sache etwas anders, der Streit kochte erst hoch, als diese Zeitung seinen Partei- und Fraktionsaustritt öffentlich

gemacht hatte. Mit Blick auf eine die Gründung einer parlamentarischen Gruppe gibt sich der Gothaer Abgeordnete zuversichtlich – und spricht bereits in der Mehrzahl, wenn er sagt: „Wir wollen weiter gemeinsam für den Bürger streiten.“ Was er damit meint? „Ich würde mir wünschen, dass aus der Situation etwas Neues erwächst.“

### Deutlich mehr finanzielle Leistungen für Landtagsarbeit

Ähnlich hört sich Ute Bergner an, die sich nach ihrem Austritt aus der FDP und der Fraktion, die daraufhin ihren Status verlor und zur Gruppe wurde, der Kleinstpartei „Bürger für Thüringen“ angeschlossen hat, deren Gründung sie mit initiierte. „Es geht darum, auszuloten, wie die Einzelabgeordneten ihre Arbeit für die Bürger noch effektiver gestalten können“, sagt sie.

Damit befasst sich auch bereits der wissenschaftliche Dienst des Thüringer Landtages. Bergner und Gröning hatten dort einen gemeinsamen Termin. „Das dient der Evaluierung“, sagt die Jenaer Parlamen-

tarierin. Konkreter wird sie nicht. Offiziell liegt bisher kein Auftrag an die Landtagsverwaltung vor, die Gründung einer weiteren parlamentarischen Gruppe zu prüfen, wie eine Sprecherin auf Nachfrage bestätigt. Das Auftreten als parlamentarische Gruppe würde den Einzelabgeordneten deutlich mehr finanzielle Leistungen gewähren, als ihnen derzeit zustehen.

Die Regelungen im Abgeordnetengesetz des Thüringer Landtages sind dabei allerdings sehr eindeutig – und zeigen schon, dass die Gründung der Gruppe nicht so ohne Weiteres möglich ist. So können Abgeordnete als Parlamentarische Gruppe anerkannt werden, „wenn sie der gleichen Partei oder Liste angehören und keine politische Homogenität zu einer bereits im Landtag vertretenen Fraktion besteht“, heißt es im entsprechenden Abschnitt des Gesetzes. Das könnte schon deshalb ein Problem werden, weil sowohl Schütze als auch Gröning aufzeigen müssten, dass ihre inhaltliche Nähe zur bestehenden AfD-Fraktion nicht mehr gegeben wäre.

## Linke soll ihre Haltung zur Nato klären

Parteistrategie hält Debatte für zwingend

**Erfurt.** Thüringens Staatskanzleichef Benjamin-Immanuel Hoff (Linke) hat seine Partei zur Erneuerung aufgerufen. „Wir werden auch inhaltliche Positionen überdenken müssen. Die Frage ist, ob das Überdenken von inhaltlichen Positionen immer gleich ein Problem ist“, sagte Hoff, der in seiner Partei wiederholt strategische Akzente setzte. Als Beispiel nannte er die umstrittene Position der Linken zur Nato.

Die Linke vertrete seit 1995 die Auffassung, dass die Nato durch ein kollektives europäisches Sicherheitsbündnis unter Einbindung Russlands abgelöst werden solle. „Aber wir haben es in den 27 Jahren nicht geschafft, zu sagen: Wie soll das geschehen.“

Laut Hoff sei die Position aus einer Zeit vor der Nato-Osterweiterung, vor dem Krieg zwischen Russland und Georgien sowie vor der Annexion der Krim durch Russland. „Wenige Jahre nach Auflösung des Warschauer Paktes war dieses Thema anders als 27 Jahre später.“ Es müsse nicht bedeuten, dass die Position komplett falsch sei, aber man müsse den Leuten erklären, was genau damit gemeint sei. „Diese Art von Denkfaulheit müssen wir überwinden“, sagte Hoff.

Seiner Einschätzung nach gebe es bei den Linken ein Gefühl, dass Veränderungen zugleich bedeuteten, den Charakter der Partei aufzugeben. Dem sei aber nicht so. *dpa*

## Mehr Geld für freie Schulen

**Erfurt.** Die Träger freier Schulen in Thüringen können mit mehr Geld vom Land rechnen, um ihre Grundschullehrer besser zu bezahlen. Für einen Gesetzentwurf, der in Kürze verabschiedet werden soll, zeichnet sich eine Mehrheit ab. „Wir werden dem zustimmen“, sagte der Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzende, Mario Voigt. Auch die AfD-Fraktion und die Gruppe der FDP stellten ihre Zustimmung in Aussicht.

Den Schulträgern solle so ermöglicht werden, diese Pädagogen in Anlehnung an die Gehaltsstufe 13 des öffentlichen Dienstes zu bezahlen, sagte die Grüne-Fraktionsvorsitzende Astrid Rothe-Beinlich. Das Geld werde den Trägern rückwirkend zum 1. Januar 2022 zur Verfügung gestellt. Die daraus resultierenden Kosten für den Landeshaushalt in diesem Jahr bezifferte sie auf etwa 2,5 Millionen Euro. *dpa*

## Alles Einzelfälle

Polizeigewerkschafter Rainer Wendt wehrt sich gegen Vorwurf des strukturellen Rassismus'. Wichtig sei ein starker Staat

Von Gerlinde Sommer

**Weimar.** Was für eine Fallhöhe: Mitte März konnte der Industrieclub Thüringen mit Boris Ruge, Diplomat und Vize der Münchner Sicherheitskonferenz, einen sicherheitspolitischen Experten erster Güte als Referent im Hotel Elephant begrüßen. Er machte damals sehr deutlich, wie es um den russischen Überfall in der Ukraine steht und aus welchen Gründen Wladimir Putin diesen Krieg nicht gewinnen und eigentlich auch keinen akzeptablen Frieden schließen kann.

Diesmal war mit Rainer Wendt ein Mann eingeladen, den der Industrieclub schon vor drei Jahren als Referent begrüßen wollte; erst

musste die Rede verschoben werden, dann kam Corona ... Wendt ist streitbarer Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) im Deutschen Beamtenbund (DBB) und durchaus unterhaltsam. Vor allem aber ist er, sagt er selbst, Lobbyist. Und damit ein Mensch, der mit einem kleinen Blickfeld auskommt. Sein Thema: „Freiheit und Sicherheit. Wohin steuert Deutschland?“ Klingt hochspannend in Kriegszeiten.

Aber es dauerte eine Viertelstunde in seiner Rede, ehe er überhaupt kurz auf dem Krieg bei unseren östlichen Nachbarn zu sprechen kam – und dabei war ihm vor allem wichtig, dass die Polen sehr gute Grenzkontrollen an der polnisch-ukraini-



**„Ich will einen Staat mit Autorität. Der Staat darf nicht die Kontrolle aus der Hand geben.“**

**Rainer Wendt,** Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG)

schen Grenze durchführen; die Deutschen aber nicht an der polnisch-deutschen Grenze. Warum es nicht genügt, einmal an der EU-Außengrenze zu kontrollieren – zumal die Polen das so gut machen,

wie Wendt betonte, blieb offen. Jedenfalls sieht Wendt vor allem eine Sicherheitsgefahr: Dass mit ukrainischen Flüchtlingen auch Menschen in die EU und vor allem nach Deutschland gelangen, die zwischenzeitlich davon abgehalten werden konnten, hierzulande eine Asylantrag zu stellen, wie es grundsätzlich möglich sein müsste.

Wie gesagt: Rainer Wendt vertritt seine Polizeigewerkschaft; eine von zweien, die es in Deutschland gibt. Und er fordert natürlich bessere Ausstattung und mehr Personal. Das sei seine Aufgabe. In seinen Beispielen zu mutmaßlichen Verbrechen kommt vor allem vor, wie fatal es sei, dass der Polizei etwa in Berlin von der Politik struktureller

Rassismus unterstellt werde. Wenn Rassismus vorkomme, scheint es sich aus seiner Warte nur um Einzelfälle handeln zu können. Und wenn es um straffällige Polizisten geht, sagt er, sie gehörten nicht zur Polizei. Man müsse sich von ihnen trennen. Aber das sei jeweils kein Polizeiskandal, so seine Einschätzung.

Wendt fordert einen starken Staat. Einen Staat, der Autorität besitzt. Das sei nicht mit einem autoritären Staat zu verwechseln, so Wendt. Seine Rede in Weimar ist auf seinen Lobby-Bereich fokussiert und durchaus interessant, weil zum Widerspruch einladend. Nur um „Freiheit und Sicherheit“ in dieser kriegerischen Zeit geht es ihm allenfalls am Rande.